

13.02.25**Antrag
des Saarlandes**

**Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Deutschen
Wirtschaft vor Strafzöllen**Staatskanzlei Saarland
Chef der Staatskanzlei

Saarbrücken, 13. Februar 2025

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

namens der Regierung des Saarlandes leite ich dem Bundesrat die in der Anlage
beigefügte**Entschließung des Bundesrates zum Schutz
der Deutschen Wirtschaft vor Strafzöllen**

zu.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der 1051. Sitzung des Bundesrates am 14. Februar 2025 aufzunehmen und anschließend den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
David Lindemann

Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Deutschen Wirtschaft vor Strafzöllen

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass die von US-Präsident Donald Trump angekündigten Strafzölle – wie etwa auf Stahl- und Aluminiumimporte von 25 Prozent – den deutschen und europäischen Wirtschaftsstandort bedrohen und eine konkrete Gefahr für die Arbeitsplätze am Industriestandort Deutschland darstellen.
2. Der Bundesrat weist darauf hin, dass der aufkommende US-Protektionismus den Wettbewerb verzerrt und die Zukunft des Industriestandortes Europa gefährdet.
3. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es deshalb nun eine europaweit abgestimmte Strategie braucht, um die negativen Folgen für den europäischen Markt abzufedern. Gleichzeitig muss die Europäische Kommission verstärkt auf diplomatische Lösungen setzen, um Handelskonflikte mit den USA grundsätzlich zu entschärfen und diesen vorzubeugen. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung daher auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, jetzt sofortige Maßnahmen vorzubereiten, um wirtschaftliche Schäden für die deutsche Industrie abzuwenden.
4. Daneben bedarf es gezielter Maßnahmen insbesondere zur Stärkung der heimischen Stahlproduktion und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Branche. Auf europäischer Ebene müssen daher schnell Schutzmaßnahmen getroffen werden, um eine Überschwemmung des europäischen Marktes mit Dumpingprodukten zu verhindern.
5. Der ab 2026 geltende Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) stellt bereits ein tarifäres Instrument dar, das die Stahlimporte aus den Vereinigten Staaten und einigen anderen Ländern verteuern dürfte. Der Bundesrat bittet die Europäische Kommission daher zu prüfen, welche Anpassungen sich gegebenenfalls als Reaktion auf die angekündigten Zölle der Vereinigten Staaten ergeben.